„Entbündelung der Vorsorge" statt „eierlegende Wollmilchsau-AHV"

Votum von Doris Fiala anlässlich der Frühjahrssession des Nationalrates, 17.03.08

Herr Präsident, Herr Bundespräsident,
meine Damen und Herren

Die zur Diskussion stehende Volksinitiative für ein flexibles AHV-Alter möchte arbeitende Menschen demotivieren, bis zum geltenden Rentenalter zu arbeiten: Personen, die bis zu drei Jahren früher die Erwerbstätigkeit aufgeben, sollen über die versicherungsmathematisch tiefere Rente hinaus die Differenz bis zur vollen Rente als Geschenk wiederum erhalten – zumindest, wer bis knapp 10'000.- CHF im Monat verdient.

Die Volksinitiative nimmt bewusst in Kauf, dass, um ihre Ziele zu erreichen, finanzielle Bürden entstehen, die sorglos auf spätere Generationen überwälzt werden. Nota bene eine weitere Last neben den finanziellen Verpflichtungen, die bereits aus der Vielfalt sozialpolitischer Altlasten bestehen und wachsen.

Die Volksinitiative impliziert die Gleichung „alt" gleich „arm". Diese aus früherer Zeit stammende Gegebenheit ist, was den schweizerischen Durchschnitt betrifft, längst nicht mehr aktuell:

So erben die meisten Personen in einer Lebensphase, nachdem die eigenen Kinder längstens sich verselbständigt haben und die eigene Lohnkurve sich ihrem Höhepunkt annähert.

Die Altersvorsorge ist ein zu gewichtiges Thema, als dass es durch ideologische Wunschvorstellungen geplant und gesteuert werden kann. Fachkenntnisse für die Politikgestaltung der Vorsorge liefert die Ordnungspolitik: sie setzt die Rahmenbedingungen für die Tagespolitik und liefert Kriterien für wirksame Politikmassnahmen.

Ordnungspolitische Regeln sind so etwas wie Corporate Governance-Regeln für die Politik: Genauso wie gewisse Politikerinnen und Politiker gerne Entscheidungsträgerinnen und –träger der Privatwirtschaft ermahnen, Corporate Governance-Regeln einzuhalten, erwarten Bürgerinnen und Bürger, dass in der Politik ordnungspolitische Regeln eingehalten werden. In beiden Bereichen ist das Einhalten von Regeln nicht eine Frage der Ideologie, sondern der Verantwortung.

Das Stichwort heisst „Entbündelung". Damit lässt sich eine Reform unserer Vorsorge einleiten, die auf solidem finanziellem

Fundament beruht. „Entbündelung" heisst: zwischen Vorsorge, Versicherung und Umverteilung zu unterscheiden.

Wir haben uns daran gewöhnt, alle Komponenten pauschal in einem System zusammenzufassen und dieses Vorgehen ist ein Grund, warum das System den Veränderungen nicht standhält. Wir haben uns aber auch daran gewöhnt, Systeme nach ihrer Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Die Telekommunikation, die Bahn und die Post machen es uns vor: in allen drei Fällen haben wir pauschale Lösungen schrittweise entbündelt – nicht um den Staat abzuschaffen, sondern um ihn auf jene Bereiche zu fokussieren, die ohne ihn wirklich nicht funktionieren.

Bei der AHV sind wir, wie die Volksinitiative verdeutlicht, noch weit entfernt von einem Umdenken. Die FDP hat mit ihrem Drei-Stufen-Modell schon einen ersten Schritt skizziert. Lassen Sie uns damit ein Umdenken beginnen und nicht mehr hilflos das bestehende System variieren, denn: die Zukunft ist nicht Fortsetzung der Vergangenheit, sondern das Ergebnis der Gegenwart.

Bitte weisen Sie deshalb die Vorlage zurück zugunsten mutigerer Visionen. Jedermann kann früher in Pension gehen, vorausgesetzt, er übernimmt dafür finanzielle Eigenverantwortung.

Und: geschätzten Kolleginnen, als gleichberechtigte Frau nehme ich nicht nur gleiche Rechte, sondern auch gleiche Pflichten in Kauf. Eine Angleichung des Rentenalters der Frau scheint mir im Jahr 2007 nur normal, besonders auch deshalb, weil unsere Lebenserwartung höher ist, als jene der Männer.